



# Digitale Verwaltung Graubünden

*Gesetzgebung, Strategie und Umsetzung*



# Gesetzgebung



## Ausgangslage

- Gesetzliche Grundlage für die Umsetzung der E-Government-Strategie
  - Ermöglichung des elektronischen Rechtsverkehr
- Umfassender Regelungsansatz statt Regelung nur in Verfahrensrechtserlass bzw. Spezialgesetzen
- Erlass eines neuen Gesetzes über die digitale Verwaltung
  - Revision VRG: Ermöglichung des elektronischen Rechtsverkehrs
  - Revision GAA: Vorgaben an Trägerwandel betr. elektronische Aktenführung



# Gesetz über die digitale Verwaltung

- Digitale Leistungserbringung
  - Digitales Primat
  - Einfache, sichere und barrierefreie Dienstleistungen
  - Keine Verpflichtung zum digitalen Verkehr mit Behörden, weil:
    - technisch vorderhand erstinstanzliche Verfahren digitalisiert
    - erwarteter Widerstand aus Anwaltskreisen und von Gemeinden



# Gesetz über die digitale Verwaltung

- Basisdienste
  - Definition der Basisinfrastruktur
  - Vorgaben an Nutzung durch Kanton und Gemeinden bzw. Regionen
  - Regelung im Zusammenhang mit dem Portal bzw. E-Konto
    - Verwendung des E-Kontos
    - Vertretungen
    - Datenschutzrechtliche Aspekte
    - Rechtsschutz bei Sperrung oder Einschränkung



# Verwaltungsrechtspflegegesetz

- Ermöglichung des elektronischen Rechtsverkehrs
  - Erstinstanzlich v.a. über kantonales ePortal
  - Verwaltungsbeschwerde und –gerichtsverfahren über "justitia.swiss" (sobald möglich)
  - Eingaben und Entscheide müssen zuordenbar und unveränderbar sein
    - Eingaben: kantonales eKonto, anerkannte eID-Anbieter
    - Entscheide: qualifizierte elektronische Signatur



# Gesetz über die Aktenführung und Archivierung

- Keine generelle Pflicht zur elektronischen Aktenführung und Aktenweitergabe
- Einheitlicher Scanning-Standard für Digitalisierung von per Post eingehenden Dokumenten (ersetzendes Scanning)



## Vernehmlassung

- Viele Rückmeldungen betrafen Punkte, welche weitgehend technisch und strategisch vorgegeben waren:
  - Einbezug von Gemeinden und Regionen
  - E-Konto für juristische Personen
- Anpassungen aufgrund des Vernehmlassungsverfahrens:
  - Digitaler Primat
  - Zuständigkeitsordnung im Zusammenhang mit dem E-Government-Portal





## Parlamentarische Beratung

- Streichung der expliziten Festschreibung des analogen Kanals
- Verpflichtendere Ausgestaltung von Open Government Data

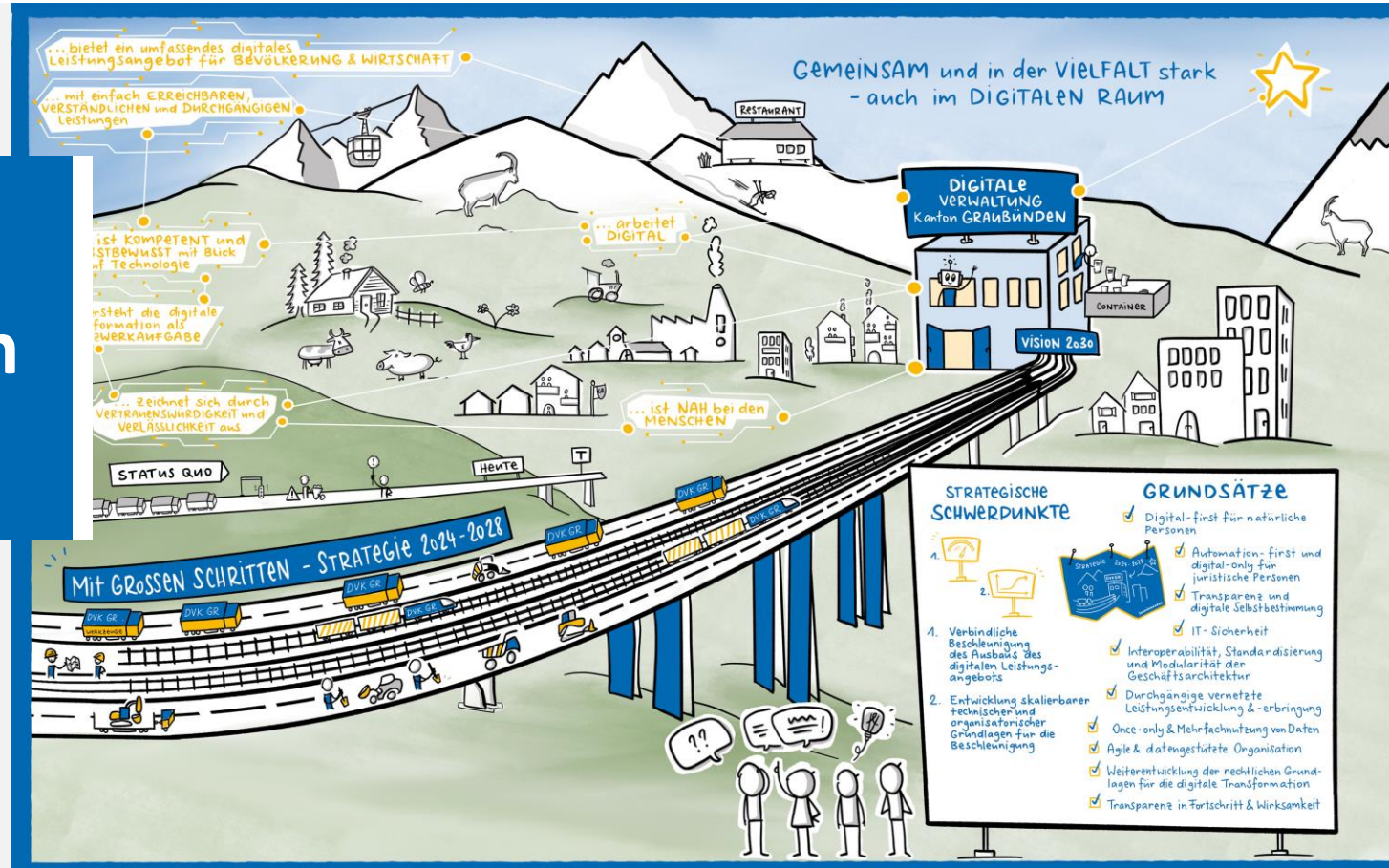


# Strategie



# Neue Strategie 2024-2028

«Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024-2028»





# Vision: Grundsätze

- 1 **Digital-first für natürliche Personen**
- 2 **Transparenz und digitale Selbstbestimmung**
- 3 **Durchgängige, vernetzte Leistungsentwicklung und -erbringung**
- 4 **Automation-first und Digital-only für juristische Personen**
- 5 **IT-Sicherheit und Resilienz**
- 6 **Interoperabilität, Standardisierung und Modularität der Unternehmensarchitektur**
- 7 **Once-Only und Mehrfachnutzung von Daten**
- 8 **Agile und datengestützte Organisation**
- 9 **Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die digitale Transformation**
- 10 **Transparenz in Fortschritt und Wirksamkeit**



# Strategische Ziele

- 1 Departementsübergreifende Steuerung und Planung
- 2 Einfacher Zugang und transparente Nutzung
- 3 Elektronischer amtlicher Verkehr
- 4 Betriebs- und Supportorganisation E-Government
- 5 Cyber-Security-Organisation E-Government
- 6 Ausbau des digitalen Angebots der Dienststellen
- 7 Befähigung der Dienststellen und verbindlicher Ausbau des digitalen Angebots
- 8 Kapazitätsausbau zur Umsetzung der digitalen Transformation
- 9 Innovation und Anspruchsgruppenorientierung
- 10 Kommunikation und Mitwirkung
- 11 Grundlagen des kantonalen Datenmanagements
- 12 Führungsentwicklung
- 13 Zusammenarbeit mit Gemeinden



## Rechtliche Umsetzung

- Kein unmittelbarer Rechtsetzungsbedarf aus Strategie DVGR 2024 – 2028
- Gewisse Punkte können in Zukunft Anpassungsbedarf bedingen:
  - Digital only für gewisse Verfahrensteilnehmende oder Behörden
  - Once only



# Umsetzung



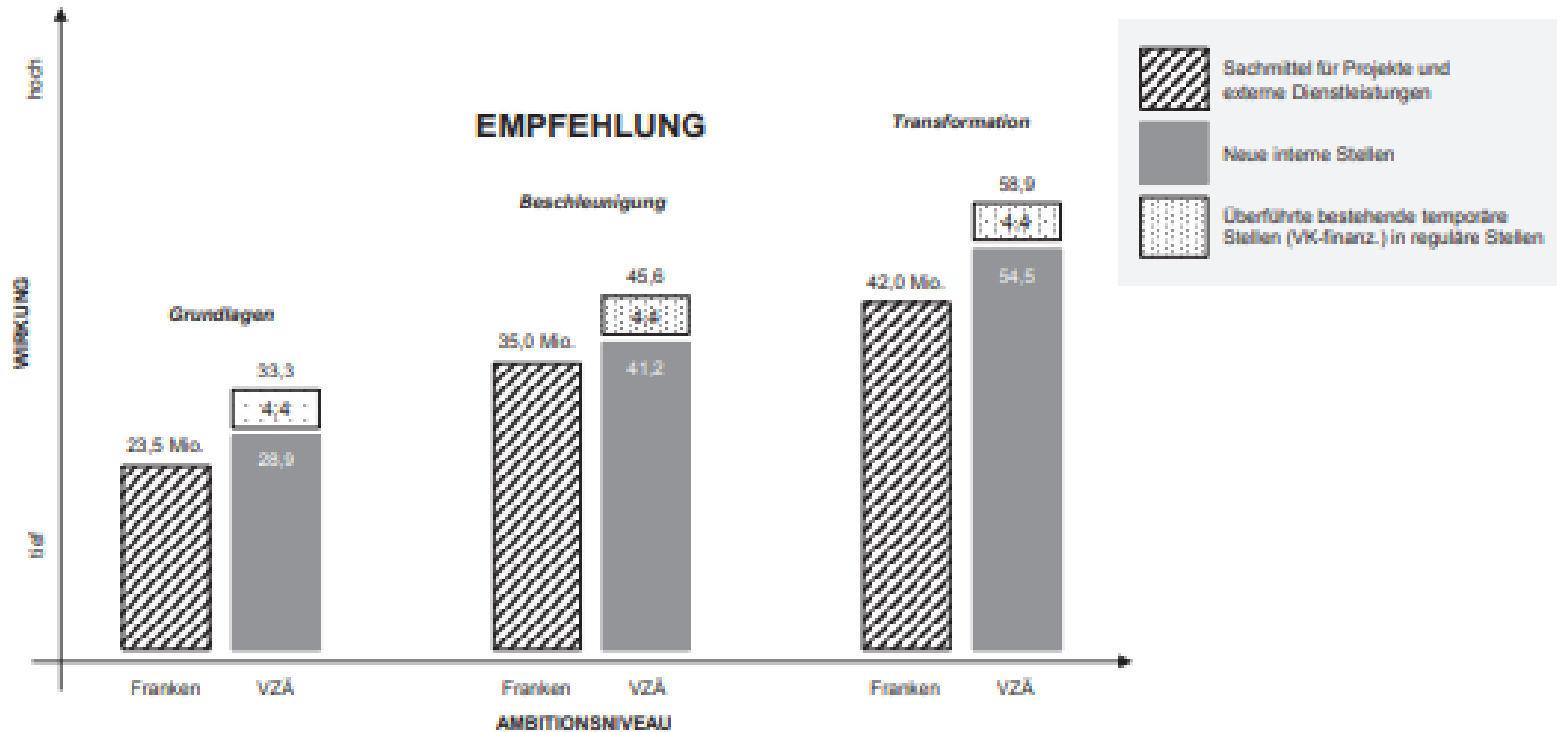
## Ressourcen

- Beantragung zur Schaffung eines Rahmen-Verpflichtungskredits und neuer Stellen zur Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung gemeinsam mit Berichterstattung an den Grossen Rat
- Berechnung des Bedarfs basierend auf den konkreten Zielen und Massnahmen



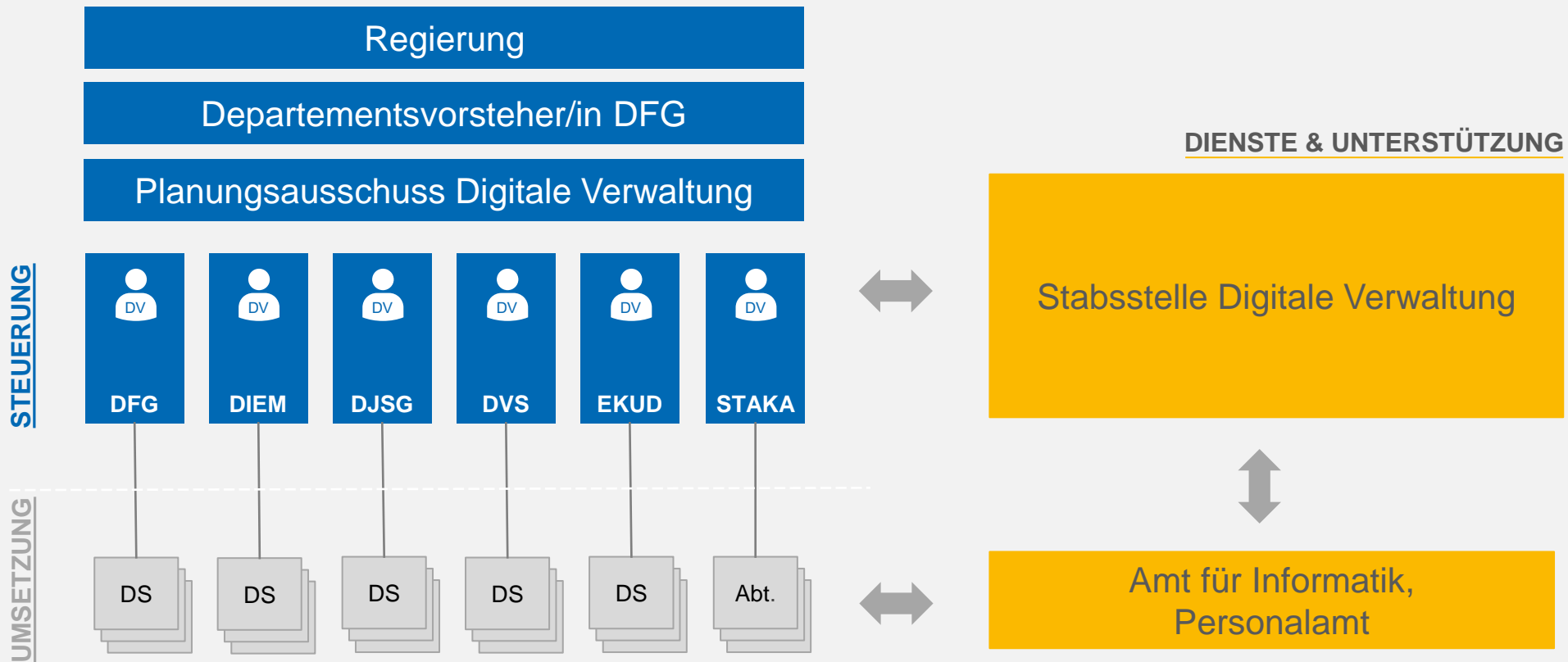


# Ressourcen





# Organisationsstruktur DVGR





# Aufgaben Stabsstelle Digitale Verwaltung (STABDV), Auswahl

- Vorbereitung der Geschäfte des Planungsausschusses und der Regierung
- Koordination und Zusammenarbeit mit den Digitalisierungsverantwortlichen
- Zusammenarbeit von Dienststellen und Querschnittsfunktionen koordinieren
- Verwaltung des Rahmenverpflichtungskredits
- Bindeglied den zu Gemeinden
- Übergreifende Vorgaben ausarbeiten
- Rechtliche Abklärungen
- Projektleitungen, Architekturboard, Submissionen



# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

